

Deutschland-Chieming: Dienstleistungen von Ingenieurbüros
OJ S 205/2023 24/10/2023
Bekanntmachung vergebener Aufträge
Dienstleistungen

Rechtsgrundlage:
Richtlinie 2014/24/EU

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1. Name und Adressen

Offizielle Bezeichnung: Pfarrkirchenstiftung Mariä Himmelfahrt Chieming
Postanschrift: Am Zenzenberg 7
Ort: Chieming
NUTS-Code: DE21M Traunstein
Postleitzahl: 83339
Land: Deutschland
Kontaktstelle(n): Erzbischöfliches Ordinariat München Vergabestelle Bau, Schrammerstr. 3, 80333 München
E-Mail: vst@eomuc.de
Telefon: +49 8921371528
Fax: +49 8921371748
Internet-Adresse(n):
Hauptadresse: <http://www.erzbistum-muenchen.de>

I.4. Art des öffentlichen Auftraggebers

Einrichtung des öffentlichen Rechts

I.5. Haupttätigkeit(en)

Andere Tätigkeit: Religionsgemeinschaft

Abschnitt II: Gegenstand

II.1. Umfang der Beschaffung

II.1.1. Bezeichnung des Auftrags

Ersatzneubau Kita in Chieming Techn. Ausrüstung ALG 4, 5 und 6 (ELT), gem. § 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9, bei stufenweiser Beauftragung, Projekt-Nr. PRJ-2017-0245, Vergabe-Nr. 135584

II.1.2. CPV-Code Hauptteil

71300000 Dienstleistungen von Ingenieurbüros

II.1.3. Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4. Kurze Beschreibung

Die Kath. Pfarrkirchenstiftung Mariä Himmelfahrt als Auftraggeber und Bauherr plant einen Ersatzneubau für den Pfarrkindergarten im Mitterweg 11, 83339 Chieming. Der Neubau soll Platz für drei Kindergarten- und zwei Krippengruppen bieten.

Zunächst soll der drei Gruppen fassende Altbau aus den 1970er Jahren abgerissen werden. Vorausgehende Untersuchungen sind zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Sanierung eine unwirtschaftliche Lösung darstellen würde.

Während der Baumaßnahme soll der Kindergartenbetrieb in Containern der Gemeinde auf dem benachbarten Schulgelände aufrechterhalten werden. Eine nutzergerechte Umbauplanung und -aufsicht sind Teil der Beauftragung.

Gewünscht wird die Ausführung des Neubaus in Holzbauweise. Die Möglichkeit zur Erweiterung soll bei der Planung berücksichtigt werden. Das neue Gebäude inkl. aller Zu-, Aus- und Umgänge ist behindertengerecht bzw. barrierefrei zu konzipieren. Sowohl für die Baukonstruktion und den Innenausbau als auch für die technische Ausrüstung gilt die Maßgabe der Nachhaltigkeit. Ebenso in den Fokus zu rücken ist die Bedienerfreundlichkeit der Haustechnik. Auch werden innovative Lösungen zur Energieeinsparung erwartet, dabei sind Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit bei der Herstellung und für den späteren Betrieb zu berücksichtigen.

II.1.6. Angaben zu den Losen

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.1.7. Gesamtwert der Beschaffung

Wert ohne MwSt.: 114 811,18 EUR

II.2. Beschreibung

II.2.2. Weitere(r) CPV-Code(s)

71320000 Planungsleistungen im Bauwesen, 71321000 Technische Planungsleistungen für maschinen- und elektrotechnische Gebäudeanlagen, 71322000 Technische Planungsleistungen im Tief- und Hochbau

II.2.3. Erfüllungsort

NUTS-Code: DE21M Traunstein

Hauptort der Ausführung: Mitterweg 11, 83339 Chieming

II.2.4. Beschreibung der Beschaffung

Gegenstand des Auftrags sind Planungsleistungen der technischen Ausrüstung ALG 4, 5 und 6 gem. § 53 ff HOAI 2021, LPH 1-9, bei stufenweiser Beauftragung. Ggf. werden auch verschiedene besondere Leistungen beauftragt werden.

Maßnahme: PRJ-2017-0245, Vergabe-Nr. 135584.

Auftragsbestandteile sind der Ersatzneubau sowie die Nutzbarmachung der Container auf dem Nachbargrundstück zum interimweisen Betrieb als Kindergarten.

Umbau Interimsunterkunft Container: Diese werden bis voraussichtlich 08/23 als Ersatz-Schulcontainer der Gemeinde Chieming genutzt und müssen im Vorlauf des Abrisses des Bestandsgebäudes für die Zwecke der Nutzung als Kindergarteninterimsbau umgebaut und vor Nutzungsaufnahme amtlich abgenommen werden. Die Umbauten betreffen vorwiegend die sanitären Anlagen und den Brandschutz.

Der Auftraggeber ordnet das Projekt der Honorarzone II zu.

Es liegt eine Machbarkeitsstudie für die Neugestaltung des Kindergartens vor, die mehrere Varianten in den Blick genommen hat. Der Auftraggeber hat sich zugunsten der sog. "Variante V2" entschieden. Diese Ausarbeitung soll Grundlage für die weitere Planung sein.

II.2.5. Zuschlagskriterien

Qualitätskriterium - Name: Projektteam / Gewichtung: 23%

Qualitätskriterium - Name: Herangehensweise an Aufgabe / Gewichtung: 47%

Kostenkriterium - Name: Honorar / Gewichtung: 30%

II.2.11. Angaben zu Optionen

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Stufe 1: LPH 1-2, gem. § 55 f HOAI 2021,

Stufe 2: LPH 3, gem. § 55 f HOAI 2021,

Stufe 3: LPH 5, gem. § 55 f HOAI 2021,

Stufe 4: LPH 6-9, gem. § 55 f HOAI 2021.

Zunächst wird nur die Stufe 1 beauftragt. Besondere Leistungen werden nach Erfordernis beauftragt. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung der weiteren Stufen oder etwaiger besonderer Leistungen besteht nicht.

Besondere Leistungen die ggf. auftraten und über die bei der Auftragsvergabe bekannten besonderen Leistungen hinaus gehen, werden über die angebotenen Stundensätze entlohnt.

II.2.13. Angaben zu Mitteln der Europäischen Union

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14. Zusätzliche Angaben

Teilnahmeanträge und Honorarangebote dürfen ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabepattform eingereicht werden. Eine Einreichung per E-Mail oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Rückfragen jedoch sind über Bietermitteilungen unverschlüsselt über die Vergabepattform möglich.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1. Beschreibung

IV.1.1. Verfahrensart

Verhandlungsverfahren

IV.1.3. Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem

IV.1.8. Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2. Verwaltungsangaben

IV.2.1. Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren

Bekanntmachungsnummer im ABl.: [2023/S 117-366167](#)

IV.2.8. Angaben zur Beendigung des dynamischen Beschaffungssystems

IV.2.9. Angaben zur Beendigung des Aufrufs zum Wettbewerb in Form einer Vorinformation

Abschnitt V: Auftragsvergabe

Ein Auftrag/Los wurde vergeben: ja

V.2. Auftragsvergabe

V.2.1.

Tag des Vertragsabschlusses

17/10/2023

V.2.2. Angaben zu den Angeboten

Anzahl der eingegangenen Angebote: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von KMU: 3

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus anderen EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der eingegangenen Angebote von Bietern aus Nicht-EU-Mitgliedstaaten: 0

Anzahl der elektronisch eingegangenen Angebote: 3

Der Auftrag wurde an einen Zusammenschluss aus Wirtschaftsteilnehmern vergeben: nein

V.2.3. Name und Anschrift des Wirtschaftsteilnehmers, zu dessen Gunsten der Zuschlag erteilt wurde

Offizielle Bezeichnung: Duschl Ingenieure GmbH & Co.KG

Ort: Rosenheim

NUTS-Code: DE213 Rosenheim, Kreisfreie Stadt

Land: Deutschland

Der Auftragnehmer ist ein KMU: ja

V.2.4. Angaben zum Wert des Auftrags/Loses

Gesamtwert des Auftrags/Loses: 114 811,18 EUR

V.2.5. Angaben zur Vergabe von Unteraufträgen

Abschnitt VI: Weitere Angaben

VI.3. Zusätzliche Angaben

a) Die ausgefüllten Teilnahmeanträge (und später im Verfahren entsprechend auch die Angebote) sind rechtsgültig zu unterschreiben und mit den geforderten Nachweisen, Erklärungen und Anlagen zwingend innerhalb der Einreichungsfrist ausschließlich über den verschlüsselten Angebotsbereich der elektronischen Vergabepattform einzureichen. Eine Einreichung per Email oder unverschlüsselt per Bietermitteilung ist nicht zulässig und führt zwangsläufig zum Ausschluss. Nicht unterschriebene bzw. formlose Bewerbungen werden im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt. Angebote, die nicht form- oder fristgerecht eingegangen sind, werden ausgeschlossen, es sei denn, der Bieter hat dies nicht zu vertreten (§ 57 Absatz 1 Satz 1 VgV).

b) Während der Bewerbungsphase sind Rückfragen ausschließlich elektronisch als Bewerberfragen-/ mitteilungen unverschlüsselt über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform bis spätestens 10 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist an den AG zu richten. Verbindliche Stellungnahmen werden als Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen unter der zuvor genannten Vergabepattform bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist veröffentlicht.

c) Der AG bedient sich ggf. der Unterstützung eines externen Verfahrensbetreuers, dem die Bewerbungsunterlagen hierfür vertraulich bereitgestellt werden.

d) Geforderte Nachweise sind elektronisch, nicht deutschsprachige Nachweise in einer beglaubigten Übersetzung, der Bewerbung beizulegen.

e) Informationspflicht des Bewerbers: Die Teilnehmer/die Bewerber verpflichten sich, sich eigenverantwortlich bis 6 Kalendertage vor Ablauf der Teilnahmefrist auf der zuvor genannten Vergabepattform zu informieren, ob Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen zu den Vergabeunterlagen vorgenommen wurden. Weiter werden die Bewerber ausdrücklich darauf hingewiesen, dass sich in besonderen Fällen die Notwendigkeit ergeben kann, die

Teilnahmefrist auch noch innerhalb der zuvor genannten 6 Kalendertage abzuändern oder zu verschieben. Entsprechende Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen werden unverzüglich auf zuvor genannter Vergabepattform veröffentlicht. Es wird darauf hingewiesen, dass alle veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen Bestandteil der Vergabeunterlagen sind. Sollten sich die veröffentlichten Erläuterungen, Aktualisierungen oder Änderungen auf den Teilnahmeantrag auswirken, gelten folgende Regelungen: Ist der Teilnahmeantrag bereits elektronisch eingereicht worden, so ist dem Auftraggeber bis zum Ende der Teilnahmefrist über die Vergabepattform mitzuteilen, sofern:

— der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und kein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird,

— der alte Teilnahmeantrag für ungültig erklärt und ein neuer Teilnahmeantrag abgegeben wird. Der neue Teilnahmeantrag muss vor Ende der Teilnahmefrist elektronisch vorliegen,

— der alte Teilnahmeantrag -ergänzt um das Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben aufrechterhalten werden soll. Auf die Möglichkeit diese, vom speziellen Einzelfall abhängige Variante wählen zu können, wird in dem betreffenden Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben ausdrücklich hingewiesen. Es wird darauf hingewiesen, dass das unterzeichnete Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben vor Ablauf der Teilnahmefrist dem Auftraggeber elektronisch vorliegen muss,

— der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten werden soll. In diesem Fall wird darauf hingewiesen, dass ein bereits eingereichter Teilnahmeantrag, wenn erforderlich, an die Erläuterungs-, Aktualisierungs- oder Änderungsschreiben angepasst werden muss. Sofern keine gesonderte Mitteilung eingeht, wird davon ausgegangen, dass der alte Teilnahmeantrag unverändert aufrechterhalten wird.

VI.4. Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1. Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: Regierung von Oberbayern, Vergabekammer Südbayern

Ort: München

Postleitzahl: 80534

Land: Deutschland

E-Mail: vergabekammer.suedbayern@reg-ob.bayern.de

Telefon: +49 892176-2411

Fax: +49 892176-2847

Internet-Adresse: <https://www.regierung.oberbayern.bayern.de/behoerde/mittelinanz/vergabekammer>

VI.4.2. Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren

Offizielle Bezeichnung: k.A.

Ort: k.A.

Land: Deutschland

VI.4.3. Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Verstöße im Sinne von § 135 Abs. 1 GWB (Unwirksamkeit des Vertrages) sind in einem Nachprüfungsverfahren innerhalb von 30 Kalendertagen ab Kenntnis des Verstoßes, jedoch nicht später als 6 Monate nach Vertragsschluss geltend zu machen. Hat der Auftraggeber die Auftragsvergabe im EU-Amtsblatt bekanntgemacht, endet die Frist zur Geltendmachung der Unwirksamkeit 30 Kalendertage nach Veröffentlichung der Bekanntmachung der Auftragsvergabe im Amtsblatt der EU (§ 135 Abs. 2 GWB). Ein Nachprüfungsverfahren ist nur

bei Einhaltung nachfolgender Voraussetzungen zulässig: Verstöße gegen Vergabevorschriften, die der Bewerber im Vergabeverfahren erkannt hat, sind gegenüber dem Auftraggeber innerhalb von 10 Kalendertagen nach Kenntnis zu rügen. Der Ablauf der Frist nach § 134 Abs. 2 GWB bleibt unberührt. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung genannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Ein Nachprüfungsantrag ist binnen 15 Kalendertagen nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, einzureichen (§ 160 Abs. 3 GWB).

VI.4.4. Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt

Offizielle Bezeichnung: Siehe VI.4.1)

Ort: München

Land: Deutschland

VI.5. Tag der Absendung dieser Bekanntmachung

19/10/2023